Zeitschrift: Die Vorkämpferin : verficht die Interessen der arbeitenden Frauen Herausgeber: Frauenkommission der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz

Band: 12 (1917)

Heft: 6

Artikel: Die Frauen in der unabhängigen Sozialdemokratischen Partei

Deutschlands

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-351336

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 05.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

kann, sie erträgt keine Einschränkung. Schon früher haben wir auf das Beispiel von Deutschland hingewiesen und tun es heute wieder durch die Aufnahme des nachfolgenden Artikels aus der letzten Rummer der "Gleichheit" über die Stellung der Frauen in der unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands, dessen Ausführungen auch für unsere schweizerischen Verhältnisse durchaus maßgebend sind. R. B.

Die Frauen in der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutsch= lands.

Die Frage nach der Stellung und den Rechten der Genossinnen in der Organisation der geeinigten Opposition hat die Gothaer Konferenz beschäftigt. Die allgemeine Grundlage dafür — wie für die Organisation überhaupt — ist nach den zur Annahme gelangten "Grundlinien" das Organisationsstatut der Sozialdemokratischen Partei. Die "Grundlinien" setzen jedoch hinzu: "Die Parteigenossen sind verpflichtet, es in demokratischem Geiste anzuwenden, und besonders danach zu trachten, allen wichtigen Entscheidungen eine demokratische Grundlage zu geben." Sache der Genoffinnen muß es fein, dafür zu sorgen, daß diese Erklärung betreffs ihres eigenen Rechtes zu demokratischer Mitwirkung und Mitverantwortlichkeit kein toter Buchstabe bleibt. Es deckt sich mit den Bestimmungen des Organisationsstatuts, wenn die "Organisationsgrundlinien" der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei festlegen, daß dem mit der Zentralleitung betrauten "Aktionskomitee", ebenso der Bezirks-leitung eine Genossin angehören muß.

Mit einer Bestimmung sind die "Grundlinien" erheblich über das alte Statut hinausgegangen. Sie setzt einen "Die Reichs-Frauenausschuß ein. Mitglieder der Bezirksleitungen werden als Frauen-Reichsausschuß nach Bedarf zusammenberufen, um die Magnahmen zur Förderung der Frauenbewegung zu beraten und anzuregen. Die Einberufung muß erfolgen, wenn ein Drittel der Mitglieder sie beantragt." Die Neuerung entspricht dem "Kompromißantrag", der von elf weiblichen Delegierten eingebracht wurde, da geringe Aussicht bestand, daß der weitergehende Antrag des zweiten Berliner Wahlfreises die Zustimmung der Konferenz finden würde. Dieser Antrag besagte: "Der Frauen-Reichsausschuß hat die Agitation unter dem weiblichen Proletariat zu betreiben. Die Genoffinnen jedes Agitationsbezirkes wählen je eine Genossin in den Frauen-Reichsausschuß, der nach Bedarf zusammentritt. Der Frauen-Reichsausschuß wählt aus seiner Mitte eine Genossin, die die laufenden Arbeiten zu erledigen und in Berbindung mit den anderen Mitgliedern des Frauen-Reichsausschuffes die Zusammenkünfte vorzubereiten hat. Die Vertreterin der Genoffinnen im Aftionskomitee hat im Frauen-Reichsausschuß beratende Stimme." Der Berliner Vorschlag sah also für den Ausschuß sowohl eine breitere demokratische Grundlage vor wie auch ein selbständigeres Wirken.

Zu seiner Begründung, wie zu den zwei anderen Anträgen, daß den Bezirksleitungen und dem Aktionskomitee mindestens eine Genossin angehören müsse, führte Genossin Burm aus: "Die Parteigenossinnen müssen überall mehr für die Sache des Sozialismus, für das Leben und die Aufgaben der Partei interessiert werden. Deshalb ist die Sinsehung eines Frauen-Reichsausschussen notwendig. Schon die Wahl ihrer Bertreterinnen zum Ausschuß erweckt ihr Interesse. Sie müssen sich mit den Einrichtungen und ihren Aufgaben beschäftigen, müssen sich darüber aussprechen, müssen erschen, müssen als internationale Sekretärin der sozialistischen Frauen die Schaffung eines Frauen-Reichsausschusses nicht bloß für sehr nützlich, sondern für dringend nötig. Nots

wendig ist auch die Sicherung eines wirklich demokratischen Minderheitsrechts, kraft dessen Genossinnen in alle Stellen der Parteiverwaltung kommen.

Der Kompromißantrag wurde, wie die Forderung der Frauenorganisation überhaupt, von Genossin Ziet folgendermaßen begründet: "Ich bin stolz und beglückt, daß die Frauen zur Opposition gehören. Die Belohnung dafür ist mir durch den Hinauswurf geworden. Ich habe die Hoffnung, daß die Forderungen der Frauen jetzt anders bewertet werden als in der alten Partei: denn immer und immer wieder sind meine Anträge im Parteivorstand aufgeschoben und abgelehnt worden. Als ich noch kurz vor dem Hinauswurf eine Agitation durch Herausgabe meiner kleinen Schrift anregte, da fand in drei Wochen keine Sitzung statt, die dazu Stellung nahm. Als ich eine Agitation für die "Gleichheit" anregte, wurde diese abgelehnt mit der Begründung, so lange die "Gleichheit" keine andere Haltung einnimmt als die jetige, wünschen wir keine Agitaton. Es wurde die Aufforderung an mich gestellt, Genossin Zetkin zuzureden, daß die "Gleichheit" eine andere Haltung einnehme, jeder Abonnent, der der "Gleichheit" verloren gehe, sei ein Gewinn. Ja, für die Partei allerdings! Deshalb wurden auch alle Anträge auf Frauenkonferenzen, Bezirkskonferenzen und Reichskonferenzen abgeschlagen. In der neuen Partei muß man anders handeln. Es find schon allein Zweckmäßigkeitsgründe, die dazu zwingen. Die Hineinbeziehung der Frauen in den Produktionsprozeß hat unserm ganzen Wirtschaftsleben seinen Stempel aufgedrückt. Der Bereich der Frauen hat sich geweitet und sie der Arbeiterbewegung zugänglich gemacht. Unfere Pflicht ift es, fie zur weitgehenden Mitarbeit zuzulassen. Viele Frauen, die bis jetzt noch in der alten Partei organisiert sind, warten nur darauf, aufgerufen zu werden."

In diesem Sinne um des lebendigen, vorwärtsdrängenden Geistes willen, der auf der Gothaer Tagung zum Ausdruck gelangte, können die Genossinnen vorderhand mit den Fortschritten zufrieden sein, die die Konferenz für ihre Stellung und Bewegungsfreiheit gebracht hat. Die grö= Bere Selbständigkeit und Bewegungsfreiheit der Genoffinnen im Rahmen der neuen Organisation kann außer den hervorgehobenen guten Wirkungen noch eine sehr wichtige Folge herbeiführen. Sie ermöglicht es, daß alle Genossinnen, ohne Unterschied der Richtung, sich zu gemeinsamen Aktionen für Frauenrecht und Frauenschutz zusammenfinden. Bei Getrenntmarschieren läßt sich ein Vereintschlagen verwirklichen. Sie dürfen nicht nach oben schauend hoffen und harren, sie müssen denken, fordern, handeln. Selbst ist nicht nur der Mann, selbst muß auch die ("Gleichheit.") Frau sein.

Die Militärfrage.

"Wir sind doch keine Wiederkäuer, daß man uns in jeder Nummer der "Borkämpserin" die gleiche Frage wieder und wieder zur Berdauung vorlegt," mögen vielleicht die einen oder andern sagen, die da meinen, weil sie eine Lösung gefunden haben, sie müsse nun unbedingt auch für alle andern die absolut richtige und einzige, unumstößliche Lösung geworden sein.

Wir müssen damit rechnen, daß schon oft und in reicher Anzahl Lösungen und Losungen gerade in. dieser Frage ausgegeben wurden von unserer Partei, die wieder redidiert wurden. Man muß sich daher nicht wundern, wenn von der einen oder andern Seite Zweisel und Bedenken aufsteigen, ob die nun von dem Parteiporstand mit Mehrheit empsohlenen die wirklich besten und richtigsten seien. Sauptsächlich für jene, die keine Lust und vor allem auch keine Zeit und keine Möglichkeit haben, sich einigend mit theoretischen Auseinandersetzungen zu besassen, für die scheint es oft schwer, sich in dem Labyrinth von Anträgen zurechtzussenken. Entweder geben sie sich mit der kürzesten und scheindar klarsten Lösung und Losung zufrieden, ohne sich über